

# Martullo vermisst Mut und doppelt nach

**SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo** bleibt bei der **Deregulierung** am Ball. Nachdem der Nationalrat ihre Motion «One in – two out» letzte Woche abgelehnt hat, doppelt die Unternehmerin nun nach. Sie sieht **hohes Sparpotenzial**.

«Steter Tropfen höhlt den Stein!» SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo lässt bei der von ihr geforderten Einführung des Prinzips «One in – two out» für neue Bundeserlasse nicht locker. Die gleichnamige Motion, die der Nationalrat im Sinne des Bundesrates am letzten Mittwoch mit 107:81 Stimmen verworfen hat, reicht sie nun gleich nochmals ein.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) hatte während der Debatte in der grossen Kammer auf das Postulat von Nationalrat Andrea Caroni (FDP, Appenzell Ausserrhodens) verwiesen, das die «Einführung einer Regulierungsbremse» fordert und der Rat entgegen dem Willen der Regierung im März 2017 überwiesen hatte. Schneider-Ammann bat diesbezüglich noch um etwas Zeit. Die Einführung einer Regulierungsbremse sei ein aktuelles Ziel des Bundesrates, eröffne aber auch Fragen politischer, juristischer und institutioneller Natur. Ein Bericht dazu komme so früh als möglich, betonte Schneider-Ammann bei der Debatte des Vorstosses der Bündner Unternehmerin.

## Gössi und Pfister dafür

Trotzdem doppelt Martullo nach und begründet ihr Vorgehen in einer Mitteilung. «Weil ich von der Not-

wendigkeit der Deregulierung überzeugt bin und um dieser Forderung den nötigen zeitlichen Druck zu verleihen», habe sie sich zu diesem Schritt entschieden. Sie hofft, dass in der Zwischenzeit auch Vertreter anderer Parteien zur Erkenntnis gelangen, dass das Prinzip «One in – two out» – wie in anderen Ländern bereits bewiesen – anwendbar sei und «Bürger und Unternehmen bedeutend und sinnvoll entlastet». Bislang, so Martullo, fehle den bürgerlichen Parteien in der Schweiz der Mut dafür. «Trotz vielfacher Besteuerungen der anderen Parteien in der Öffentlichkeit, sie seien für Deregulierung, stimmten im Rat dann leider nur die SVP-Nationalräte dem Vorstoss geschlossen zu.»

Ein Blick auf das Abstimmungsverhalten zur im Juni 2016 eingereichten Motion bestätigt Martullos Worte. SP, Grüne und Grünliberale lehnten das Anliegen jeweils in corpore ab; bei der BDP gab es eine Enthaltung. Im Falle der CVP sprachen sich 26 von 29 Nationalräten gegen die Deregulierung aus, unter den drei Ja-Sagern befand sich jedoch mit Parteipräsident Gerhard Pfister (Zug) eine prominente Stimme. Der Freisinn schliesslich unterstützte den Vorstoss mit 40 Prozent seiner Stimmkraft (zwölf von 30), darunter Parteichefin Petra Gössi (Schwyz)

sowie Hans-Ulrich Bigler (Zürich), Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV), und die zwei Unternehmer Doris Fiala (Zürich) und Hansjörg Brunner (Thurgau). Von den vier weiteren Bündner Nationalräten stand bloss Parteikollege Heinz Brand auf Martullos Seite. Martin Candinas (CVP), Duri Campell (BDP) und Silva Semadeni (SP) drückten die Minus-Taste.

Martullo verspricht sich von der Deregulierung hohe Einsparungen, da für jede neue Regelung bisherige Erlasse mit doppelt so hohen Regulierungsfolgekosten gekippt werden sollen. Derzeit «galoppiert die Bundesregulierung mit 5000 Erlassen und über 70 000 Seiten in immer schnellerem Tempo davon», so Martullo. Und jede Woche kämen 140 neue Seiten hinzu. Die Folgekosten für Private und Unternehmen schätzt der Gewerbeverband auf jährlich 60 Milliarden Franken, was zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht. Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Kanada haben laut Martullo ähnlich gelagerte Regulierungsbremsen bereits erfolgreich umgesetzt. Die Briten etwa hätten in vier Jahren Kosten von 2,2 Milliarden Pfund eingespart und daher sogar das Prinzip «One in – three out» vorgeschlagen. ENRICO SÖLLMANN